

PRESSEMITTEILUNG

Nr. 6 vom 13.01.2015

Fortsetzung der Niederlassungsförderung durch die Kassenärztliche Vereinigung und die Verbände der Krankenkassen in Brandenburg

Raik Nowka: Kassenärztliche Vereinigung und Krankenkassenverbände stehen zu ihrer Verantwortung – die Landesregierung begnügt sich mit Symbolpolitik

Die CDU-Fraktion begrüßt die Fortsetzung der gemeinsamen finanziellen Förderung der Niederlassung ambulant tätiger Ärzte in unterversorgten Regionen. „Die Kassenärztliche Vereinigung und die Krankenkassenverbände im Land bekennen sich damit zu ihrer Verantwortung für die medizinische Versorgung in der Fläche“ sagte Raik Nowka, Gesundheitspolitischer Sprecher der CDU- Landtagsfraktion.

Er wies darauf hin, dass die zur Verfügung gestellten Mittel je zur Hälfte von den niedergelassenen Ärzten und den Versicherten der Krankenkassen stammen würden. Geld allein sei aber nicht die Lösung für das Problem des Ärztemangels, so Nowka. Veränderte Vorstellungen vom Berufsleben und der Wunsch nach der Vereinbarkeit von Familie und Beruf sowie einer leistungsfähigen Infrastruktur am Arbeitsort, würden, neben den finanziellen Aspekten, die Entscheidung junger Mediziner maßgeblich bestimmen. „Die Landesregierung in Brandenburg bleibt hier angesichts der noch zu erwartenden Entwicklung viel zu passiv. Während in vielen Kommunen des Landes die unterschiedlichsten Anstrengungen unternommen werden, eine drohende medizinische Unterversorgung abzuwenden, begnügt sich die Landesregierung mit Symbolpolitik.“

Der CDU-Gesundheitsexperte betonte, dass Ärzte, Krankenhäuser und Krankenversicherte, Städte, Gemeinden und Landkreise bereits Arbeitskraft und finanzielle Mittel zur Verfügung stellen würden. Unterhalb der Landesebene gäbe es Stipendienprogramme, Kooperationen mit Gymnasien, Bindungsprogramme für Medizinstudenten und vieles mehr. „Nur die Landesregierung sieht offenbar keinen eigenen Handlungsbedarf. Im Gegenteil: Sie erklärt die Krankenhäuser in Brandenburg zwar zutreffend zu Ankern der Versorgung, kürzt ihnen aber aktuell die notwendigen Investitionsmittel.“

Natürlich gäbe es keinen Königsweg bei der Bekämpfung des Ärztemangels, räumte Nowka ein. „Aber ein mit finanziellen Mitteln des Landes gestütztes Konzept ist auch angesichts der Anstrengungen in anderen Bundesländern längst überfällig.“ Während beispielsweise Bayern mit Landesmitteln bereits mehr als 100 Hausarzt-niederlassungen, interessierte Medizinstudenten und Ansiedlungskonzepte ländlicher Kommunen gefördert habe und dies weiter ausbaue, werde der Ärztemangel in Brandenburg immer noch nicht als Landesangelegenheit behandelt.

Insgesamt gäbe es viele Baustellen in der Gesundheitspolitik, fasste Nowka zusammen. „Die Politik ist hier gefragt und muss handeln. Die CDU-Fraktion wird mit einer Großen Anfrage zur Entwicklung der Gesundheitsversorgung in Brandenburg eine breite Diskussion anstoßen, an deren Ende zukunftsfähige Lösungen stehen müssen.“